

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag (außer Sonntagen) am Freitag. Der monatliche Lesepreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringebahn 1,20 Mk., durch die Post 1,60 Mk. (Post- und Telephongebühren). Einmalige Anzeigen: 1.000 Mk. pro Seite.

Die Anzeigen werden nach Reichs-Zeilen berechnet. Die Zeile 20 Zeichen lang. (Zeilenlänge: 36 Zeichen). Preis pro Zeile 1,00 Mk. (Post- und Telephongebühren). Einmalige Anzeigen: 1.000 Mk. pro Seite.

Was nun?

Deutschnationalen und Regierungsbildung.

Die Siegesfanfaren sind noch gar nicht ertönt, so muß die „Kreuzzeitung“ schon die Feststellung machen: „Die Situation sieht reichlich verworren aus.“ Das ist immerhin ein bemerkenswertes Eingeständnis. Noch vor kurzem brühten sich die deutsch-nationalen Wähler, ihre Partei würde keine Koalition brauchen, sondern „die Sache alleine machen“. Herr Sertig hat in Hamburg angeführt, seine Partei würde die Bedingungen „bittieren“, unter denen sie an einer Regierungsbildung mitwirken werde. Dagegen hatte Herr Schlange in Schöningen, der nun auch im Reichstag sitzt, nur einiger Zeit in der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 547) erklärt:

„Gott sei Dank, daß wir nicht in der Regierung sind. Wir treten überhaupt in keine parlamentarische Regierung ein. Wir stehen nicht auf dem Boden dieser Verfassung, sondern wollen sie mit allen Mitteln bekämpfen. Wir wollen die nationale Revolution.“

Es ist sicher, daß in der neuen Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ähnliche Köpfe sitzen wie Herr Schlange, so daß die Verworfenheit, von der die Kreuzzeitung spricht, erst einmal in ihren eigenen Reihen beseitigt werden muß.

Der „Votallaubeiger“ hatte schon am Montag eine Regierung aller gebildet, die rechts aus den Demokraten stehen. Hiergegen wendet sich Herr Maurenbrecher, der in der „Deutschen Zeitung“ Nr. 198 vom 5. Mai schreibt:

„Soll diese Lösung heißen, daß die Deutschnationalen mit Zentrum und Volkspartei, Nationalliberalen (wo sind diese?) Schritt-leitung, Bayerischer Volkspartei und Deutschholländischen zusammen eine Regierung bilden sollen? Das wäre eine innere Unmöglichkeit. Weber würden die anderen Parteien der nationalen Opposition sich niemals dazu verstehen, noch dürfte die Deutsch-nationale Volkspartei der Mitte, der sie sich eben eine erschlitternde Niederlage beige-bracht hat, nun hilflos die Hand bieten. Stresemann ist erledigt und muß aus der Regierung fort.“

Andererseits sieht es die „Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 210 als selbstverständlich an, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintreten. Sie schreibt:

„Es ist anzunehmen, daß die Deutschnationalen diesen Schritt vollziehen werden. Damit wäre ein wesentlicher Schritt im Sinne nationaler Solidarität und inneren Ausgleiches getan. Es ist sicher, daß mit dem Eintritt der Konservativen die Frage einer Beteiligung der Sozialdemokraten an der Kabinetsbildung erledigt sein würde.“

Als die Ideallösung der Zukunft betrachtet die „D.M.Z.“ eine große Koalition der bürgerlichen Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten. „Als herrschendes Prinzip (?) muß vor dem deutschen Wähler stets die Forderung einer Regierungsbildung von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten einschlägig stehen. Als großer Marschrichtungspunkt muß vor uns die große Koalition von Reichstag bis Wähler stehen.“ Wenn man das liest, so versteht man allerdings nicht, weshalb die D.M.Z. sich an dem wochenlangen scharfen Kampfe gegen die Deutsche Volkspartei beteiligt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Zweifelsfrei steht jetzt allerdings schon jetzt die Möglichkeit einer nach rechts tendierenden Regierung, für deren parlamentarische Mehrheit die Demokraten entscheidend sind.“

Der „Votallaubeiger“ beschwört eindringlich die Deutsche Volkspartei:

„Die Nation hat mit diesem Wahlergebnis eine große bürgerliche Koalition mit einem klaren nach rechts verrückten Schwerpunkt er-

Die Bilanz der Reichstagswahl.

Zwar liegen noch nicht die endgültigen Ergebnisse der Reichstagswahl vor. Aber nach den vorläufigen amtlichen Ziffern, die gestern Abend bekannt wurden, läßt sich ein einigermaßen übersichtliches Bild des Umbruchs der Reichstagswahl an Stimmen:

	Die Rechte:		Die bürgerliche Mitte:		Die Linke:	
	1924	1920	1924	1920	1924	1920
Deutschnationalen	5 755 609	96	2 642 843	44	5 078 770	100
Landliste	568 288	9	1 657 451	28	2 400 172	2
Deutschholländische	1 917 578	4	3 890 022	16	1 581 011	6
Deutschpolnische	388 356	2	941 982	16	4 911 200	15
Deutsche Volkspartei	2 642 843	44	3 922 574	66	591 500	3
Demokraten	1 657 451	28	1 857 451	30		
Zentrum	3 890 022	16	2 354 036	39		
Bayerische Volkspartei	941 982	16	3 842 091	68		
Bayerischer Bauernbund	683 095	10	1 173 344	31		
Hannoveraner	318 451	5	218 896	4		
			319 108	5		
S.S.D.	5 078 770	100				
L.S.D.	2 400 172	2				
Kommunisten	3 712 001	62				

Auf die Parteipolster entfielen folgende Stimmen: Christl.-Soz. P. 124 800, Nat. Freiw. P. 59 788, Republ. P. 45 775, Dt. Arbeitneh. P. 36 130, Freiwirtschaft. P. 36 129, Soz. P. 25 007, Kaiser P. 23 828, Kgl. P. 18 439, Bayer. Mittel. P. 5 681, Bayer. Freiwirt. P. 1 487. Die Stimmen, die auf diese Parteipolster gefallen sind, haben nicht ein einziges Mandat erbracht. Sie entfielen zum größten Teile bürgerlichen Kreisen. Das Ergebnis der Zerstückelung ist ein Verlust von mindestens acht Mandaten im Reichstag zu Ungunsten der bürgerlichen Parteien. Weil sie in keinem Wahlkreis 60 000 Stimmen erreichten, verließen der Bayerische Bauernbund mit der Volkspartei und die Deutsche Volkspartei die Reichstagsliste, so daß zwölf Sitze mit über 500 000 Stimmen verfielen.

Die acht Mandate des Bayerischen Bauernbundes und der Volkspartei verteilen sich zu je vier auf den Bayerischen Bauernbund und die Volkspartei. Die neun Mandate der Landliste verteilen sich folgendermaßen: zwei Mandate auf den Landbund in Thüringen, vier Mandate auf den Bauern- und Weingärtnerbund in Westfalen, ein Mandat auf den Bauernbund, ein Mandat auf den Hessischen Bauernbund und Hessische Bauernschaft. Das Reichsmandat auf der Reichsliste wird durch die Nationalliberale Vereinigung (Dr. March) besetzt. Diese acht Landwirte werden der Deutschnationalen Reichstagsfraktion beitreten. Dr. March wird mutmaßlich der deutschnationalen Fraktion als Hospitalist angehören.

Obgleich die oben angegebenen Ziffern für die Wahl von 1924 noch nicht endgültig sind, so lassen sich doch schon recht interessante Schlüsse daraus ziehen. Die Stichwahl auf der Rechten hat sich gegenüber der Wahl von 1920 umändernd verdoppelt und 4 400 000 gegen jetzt rund 8 600 000. Der Verlust der Parteien der bürgerlichen Mitte beträgt rund 17 Millionen Stimmen, 11,8 gegen 10,1 Millionen. Der Verlust auf der Linken stellt sich auf 18 Millionen Stimmen, 9,9 gegen rund 11,7 Millionen. Den stärksten Stimmenerfolg erzielte die Vereinigte Sozialdemokratik, die auf 5 Millionen Stimmen, 11,8 gegen 11,7 Millionen. Den stärksten Stimmenerfolg erzielte die Vereinigte Sozialdemokratik, die auf 5 Millionen Stimmen, 11,8 gegen 11,7 Millionen. Den stärksten Stimmenerfolg erzielte die Vereinigte Sozialdemokratik, die auf 5 Millionen Stimmen, 11,8 gegen 11,7 Millionen.

In einer Behauptung des Reichsministeriums teilte der Reichsminister des Innern mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 15. d. M. zu erwarten sind. Das Reichsministerium sieht auf jeden Fall bis zum Zusammentritt des Reichstages am 1. Juni. Mit dem Zusammentritt des neuen Reichstages wird am 22. Mai gerechnet.

meien, besonders der Scherpresse, die an das Verantwortlichkeitsgefühl der Deutschen Volkspartei appellieren. Es sollte diesen Herren nicht unbekannt sein, daß die Volkspartei in ihrer ganzen Politik von vaterländischer Verantwortung durchdrungen war und getragen ist. Der Bürgerlof, der heute in irgendeiner Form verlangt wird, könnte ja schon lange vorhanden sein. Wenn er im vorigen Jahre nicht zumstande kam, dann nicht durch die Schuld der Deutschen Volkspartei, sondern er scheiterte (wie damals auch die Scherpresse zugab) an der Weigerung der Deutschnationalen. Die Deutsche Volkspartei hat sich durch nicht abhalten lassen, die Politik der Rettung des Vaterlandes weiter zu führen, selbst als große Opfer von Arbeit und Besitz gefordert werden mußten. Nur deshalb ist die Partei unpopulär geworden bei denjenigen Wählern, die als Treibholz erscheinen, nur deshalb hatte die Scherpresse es so leicht, Angriff auf Angriff zu häufen und die Partei zu schädigen. Ganz und gar überflüssig aber ist der Versuch dieser Blätter, die Deutsche Volkspartei in einen Gegensatz zu Dr. Stresemann zu stellen. Dieses reichlich durchsichtige Beginnen möge sie den March-Beuten überlassen. Im übrigen warten wir, bis sich die Verwirrung innerhalb des deutschnationalen Lagers gelöst hat. Dann werden wir weiter leben.

Frankösischen Stimmen.

Zu dem Ergebnis der deutschen Reichstagswahl schreibt der „Matin“: Die Hoffnung, Deutschland werde sich in lokaler Auslösung des Berliner Vertrages zu einem demokratischen Staat machen, entfällt. Die Wahlen von 1920 bereits fast erledigt gemeldet. „Bell's Journal“ schreibt, die extremen Parteien geben den Ton an, und besonders die kommunistische Partei, die, nachdem sie sich auf die eine oder andere Seite schlug, die Rechte oder Linke ablesen kann.

Poincaré's Forderungen.

Die belagerte Vermittlungsgation. Berträge Entschuldig.

Während der großen deutschen Wahlvorbereitungen haben die belagerten Vertreter ihre Vermittlungsmittel in Paris, London und Rom gemacht und damit einen Schritt unternommen, der vielleicht für die Lösung und zwar die schnelle Lösung des Reparationsproblems nicht ganz ohne Bedeutung ist. Wie weit sie damit Erfolg gehabt haben ist nicht genau zu ersehen, weil man es aus leitendgegründeten Gründen vermeiden hat, einen offiziellen Bericht über die einzelnen Unterredungen herauszugeben. Die Definitivität ist also lediglich auf die Informationen ankommen, die die Presse darüber zu geben vermag. Es darf nicht mit Gewißheit festgelegt werden kann, ob England die Hauptbedingung Poincaré's, nämlich die Verabschiedung von Sanktionen für den Fall einer deutschen Zahlungsunfähigkeit, angenommen hat. Diese Forderung Poincaré's scheint ziemlich weit und durch den MacDonald wiederholt geäußerten Auffassung über gegenüber. Daß aber Poincaré vor den Wahlen am kommenden Sonntag von seinem Standpunkt abgesehen wird, ist kaum anzunehmen, zumal er seine Wahlen damit aufgeschoben hat. Wie weit ihm der Anlauf der deutschen Wahlen dabei behilflich sein wird, ist nicht erlöslich.

Man sieht, daß der bloc national das Unwähliche der Deutschnationalen um zu beizubringen ist, für sie in eine neue Richtung zu machen, daß er überbietet jetzt erst nach dem Bekanntwerden der deutschen Resultate mit seiner eigentlichen Programmänderung eingeleitet hat. Mit welchen unheimlichen Mitteln er dabei zu Werke geht, erhellt aus einer Darstellung der „Revue“ über die Verhandlungen der „Eins“ der deutschen Nationalisten, die noch weit größer als offiziell angegeben wurde. Deutschland verheißt die richtigen „Reparationsbedingungen“ zu stellen. Gegen den Willen ist natürlich. Wegen der Wahlen, der bloc national wird „Sanktionen“ gefordert. Aber Frankreich wird die Forderung machen, daß die Deutschnationalen, wenn sie erst einen maßgeblichen Einfluß in der Regierung haben werden, ihre idiosynkratische Haltung, die für den Stimmengang einnehmen müssen, revidieren werden. Und vielleicht wird auch Herr Poincaré seinen Standpunkt gegen den Verlangen seiner Verbündeten anpassen, wenn er nicht seine Mehrheit hinter sich gebracht hat. Denn es ist nicht anzunehmen, daß MacDonald den Forderungen Poincaré's zustimmen wird. Auch er wird auf die Wahlkommunikation Poincaré's Rücksicht genommen und deshalb auch die endgültige Entscheidung bis nach den Wahlen vertagt haben.

Paris, 7. Mai. Ministerpräsident Poincaré

erklärte gestern auf einem Bankett der französischen Handelskammern, bis 1914 seien die Beziehungen Frankreichs zum Auslande durch Verträge geregelt gewesen, die gegenseitige Weisheitsbegünstigungen- und Ründigungsstift von durchschliffen einem Jahr vorgehen hätten. In nächster Zukunft würde Frankreich mit mehreren Ländern, darunter auch Deutschland, Verhandlungen beginnen, die für die Erholung Frankreichs von großer Wichtigkeit seien. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Poincaré auf die politischen Verhältnisse zu sprechen. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gern und durchaus spontan die Entschuldigungen der Sachverhaltigen, wie die Reparationskommission sie sich zu eigen gemacht habe, annehmen und daß sie die deutsche Wirtschaft einheitlicher herstellen würde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe. Aber man wisse vorläufig weber, wann, noch wie oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weber die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn (Poincaré) zu täuschen (?) und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverhaltigen auf Frankreich abzumähen, noch das Ergebnis der Reichstagswahl sei dazu angetan, größeres Vertrauen einzuführen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Nachsichtlichkeit zu verharren, und nach wie vor entschlossen, das Kriegsgelöbte nur nach Maßgabe der Zahlungen zu räumen.

London, 7. Mai. Wie der Brüsseler Bericht

erhatter der „Times“ meldet, teilte der belagerte Außenminister gestern dem französischen Volkstäter in Brüssel die Grundlagen der Unterredungen zwischen den belagerten Ministern und Herrn MacDonald mit. Er betonte nachdrücklich, daß der britische Vermittlungs-

